

Neufassung der Satzung

über die Erhebung einer Abgabe zur Umlage des Aufwandes aus der Abwasserabgabe für Kleineinleitungen

– Kleineinleiterabgabensatzung –

Zweckverband Beilrode-Arzberg

- Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung -

- im folgenden ZV genannt -

Auf Grund von § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. März 2014 (GVBl. S. 146) zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 02. April 2014 (GVBl. S. 234, 237) in Verbindung mit §§ 47 Absatz 2 und § 6 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) vom 03. März 2014 (GVBl. 196), und § 8 Sächsisches Ausführungsgesetz zum Abwasserabgabengesetz (SächsAbwAG) vom 05. Mai 2004 (GVBl. S. 148), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (GVBl. S. 503, 553) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Abwasserabgabengesetz – AbwAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2005 (BGBl. I, S. 114), zuletzt geändert Artikel 2 der Verordnung vom 02. September 2014 (BGBl. I S. 1474) hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Beilrode-Arzberg am 18. November 2014 folgende Neufassung der Kleineinleiterabgabensatzung beschlossen:

§ 1

Gegenstand der Abgabe

(1) Der ZV erhebt zur Deckung seines Aufwandes aus der Abwasserabgabe für Kleineinleitungen eine Abgabe. Die Abgabe wird erhoben für das Einleiten von im Jahresdurchschnitt weniger als 8 m³ je Tag Schmutzwasser aus Haushaltungen und ähnlichem Schmutzwasser in ein Gewässer im Sinne von § 3 Nr. 1 bis 3 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG). Das Verbringen in den Untergrund gilt als Einleiten in ein Gewässer, ausgenommen hiervon ist das Verbringen im Rahmen landbaulicher Bodenhaltung.

(2) Kleineinleitungen im Sinne von Absatz 1 Satz 2 und 3 bleiben abgabefrei, wenn

1. der Bau der Abwasserbehandlungsanlage mindestens den allgemein anerkannten Regeln der Technik entspricht und
2. der Schlamm einer dafür geeigneten Abwasserbehandlungsanlage zugeführt oder nach Abfallrecht entsorgt wird.

(3) Schmutzwasser im Sinne von Absatz 1 Satz 2 ist das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte Wasser und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser.

§ 2

Abgabenmaßstab und Abgabensatz

-
- (1) Die Abgabe wird nach Schadeinheiten gemäß Absatz 2 oder 3 multipliziert mit dem Abgabensatz gemäß Absatz 4 zzgl. des Verwaltungsaufwandes gemäß Absatz 5 berechnet.
- (2) Die Zahl der Schadeinheiten beträgt die Hälfte der Zahl der Einwohner je Grundstück, von dem Schmutzwasser im Sinne von § 1 Absatz 1 Satz 2 und 3 eingeleitet wird. Maßgebend ist die Zahl der Einwohner, die beim Einwohnermeldeamt zum 30.06. eines jeden Veranlagungsjahres mit Hauptwohnung gemeldet sind. Hierbei bleiben Einwohner unberücksichtigt, deren Abwasser anderweitig rechtmäßig einer Abwasserbehandlungsanlage zugeführt oder rechtmäßig auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Böden aufgebracht wird. Kann die Einwohnerzahl nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand ermittelt werden, wird sie geschätzt.
- (3) Dient das Grundstück, von dem Schmutzwasser im Sinne von § 1 Absatz 1 Satz 2 und 3 eingeleitet wird nicht oder nicht nur Wohnzwecken, wird die Abgabe nach der im Veranlagungsjahr vom Grundstück eingeleiteten Schmutzwassermenge berechnet. Die Schadeinheiten ergeben sich hierbei aus der Menge des eingeleiteten Schmutzwassers geteilt durch 25 m³ und multipliziert mit 0,5.
- (4) Der Abgabensatz für eine Schadeinheit beträgt 35,79 EUR.
- (5) Der Verwaltungsaufwand, der durch die Erhebung der Abgabe nach § 8 Absatz 2 Satz 1 SächsAbwAG und bei der Erfüllung der Abgabepflicht nach § 8 Absatz 1 SächsAbwAG entsteht, beträgt je Veranlagungsjahr und Grundstück 7,50 EUR.

§ 3

Veranlagungszeitraum, Abgabepflicht

- (1) Veranlagungszeitraum ist das Kalenderjahr.
- (2) Die Abgabepflicht entsteht jeweils zu Beginn eines Kalenderjahres. .

§ 4

Abgabenschuld

Die Abgabenschuld entsteht jeweils zum Ende des Kalenderjahres. Abweichend von Satz 1 entsteht die Abgabenschuld mit Ablauf des Monats,

1. in dem die Einleitung nach § 1 Absatz 1 Satz 2 und 3 vom Grundstück entfällt und dies dem ZV schriftlich angezeigt wurde,
2. in dem das Grundstück an das zentrale Abwassernetz angeschlossen wurde,
3. in dem die Voraussetzungen für die Abgabepflicht entfallen und dies dem ZV schriftlich angezeigt wurde.

§ 5

Abgabenschuldner

- (1) Abgabenschuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens der Abgabenschuld Eigentümer des Grundstückes ist, von dem Schmutzwasser im Sinne von § 1 Absatz 1 Satz 2 und 3 eingeleitet wird.
- (2) Der dingliche Nutzungsberechtigte ist anstelle des Grundstückseigentümers Abgabenschuldner.

- (3) Mehrere Abgabenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 6

Heranziehung und Fälligkeit

- (1) Die Heranziehung zur Abgabe erfolgt durch schriftlichen Bescheid für das abgelaufene Kalenderjahr.
- (2) Die Abgabe wird einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 7

Pflichten der Beteiligten

- (1) Abgabenschuldner und Einleiter sind zur Mitwirkung bei der Ermittlung des Sachverhaltes verpflichtet. Insbesondere haben sie im Sinne von § 11 Abs. 2 AbwAG Auskünfte für die Prüfung und Berechnung der Abgabenansprüche zu erteilen, notwendige Unterlagen zu überlassen und nötigenfalls Zutritt zum Grundstück zu gewähren.
- (2) Zur Feststellung der Abgabefreiheit nach § 1 Absatz 2 und § 2 Absatz 2 Satz 3 sind geeignete Nachweise vorzulegen.

§ 8

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 8 Absatz 2 Satz 2 SächsAbwAG in Verbindung mit § 6 Absatz 2 SächsKAG handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig entgegen § 7 dieser Satzung die erforderlichen Auskünfte oder Unterlagen nicht, nicht vollständig, nicht richtig oder nicht rechtzeitig erteilt bzw. vorlegt oder den nötigen Zutritt zum Grundstück nicht gewährt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 8 Absatz 2 Satz 2 SächsAbwAG in Verbindung mit § 6 Absatz 2 SächsKAG mit einer Geldbuße bis 10.000,00 EUR geahndet werden.

§ 9

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Hinweis nach § 4 Absatz 4 SächsGemO:

Satzung, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. die Verbandsvorsitzende dem Beschluss gemäß § 56 Abs. 3 in Verbindung mit § 21 Abs. 3 SächsKomZG wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
 4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
- a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
- b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem ZV unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Beilrode, den 20. November 2014

Schmidt
Verbandsvorsitzende